

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung
am Donnerstag, dem 12.03.2026

Sitzungsort: Rathaus Lemwerder (Ratssaal)

Beginn: 18:30 Uhr

- öffentlich -

Ende: 20:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ratsherr Wolf Rosenhagen

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Christina Winkelmann

Mitglieder

Ratsherr Werner Ammermann

Ratsherr Jörg Bade

Ratsherr Karsten Haye-Warfelmann

Ratsherr Harald Helling

Ratsfrau Bianka Ludwig

Ratsherr Borchert Meyer

Ratsherr Meinrad-Maria Rohde

Ratsfrau Brigitta Rosenow

ab 18.55 Uhr

Ratsherr Michael Ruminski

Ratsherr Harald Schöne

Ratsherr Thorben Schöne

Ratsherr Sven Schröder

Ratsherr Frank Schwarz

Ratsfrau Tanja Sudbrink

Ratsherr Jan Olof von Lübken

Ratsherr Rainer Wohlers

Protokollführer

Henrik Kroog

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter 2 Matthias Kwiseke

Fachbereichsleiter 4 Dennis Paack

Fachbereichsleiter 3 Sven Warns

Fachbereichsleiterin 1 Jutta Zander

Abwesend:

Mitglieder

Ratsfrau Monika Drees

Ratsfrau Viktoria Heller

Ratsfrau Antje Warnken

Öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung
 - 1.1** der ordnungsgemäßen Einladung
 - 1.2** der Beschlussfähigkeit
 - 1.3** der Tagesordnung
- 2** Genehmigung der Niederschriften vom 04. und 18.12.2025 sowie 29.01.2026
- 3** Beratung der in die Zuständigkeit des Fachausschusses fallenden Haushaltspositionen 2026
 - 3.1** Vorstellung des Antrages der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 12.02.2026; hier: Erstellung eines Landschaftsplanes
 - 3.2** Vorstellung des Antrages der CDU-NFL/Gruppe vom 16.02.2026; hier: Brücken in Sannau, Bardewisch und Lemwerder/Ammerländer Straße
 - 3.3** Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 10.11.2025; Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Reparatur und den Austausch von Geräten auf der Skateranlage
 - 3.4** Ergänzungsantrag der FDP- Fraktion zu TOP 3- Einplanung von Finanzmitteln für Sanierung Bushaltestelle und Regenwasserkanal
- 4** Vorstellung des Antrages der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 23.01.2026; hier: Regelmäßige Information über Bauanfragen und Baugenehmigungen
- 5** Vorstellung des Antrages der CDU-NFL/Gruppe vom 04.02.2026; hier: Aufhebung der Nachabschaltung der Straßenbeleuchtung
- 6** Vorstellung des Antrages der CDU-NFL-Gruppe vom 24.02.2026; hier: Einladung der für die Erstellung des neuen Deichschaarts Lemwerder verantwortlichen Behörden
- 7** Sachstand Grundschule
- 8** Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren
- 9** Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Rosenhagen eröffnet um 18.30 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

1.1 der ordnungsgemäßen Einladung

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist allen Ratsmitgliedern fristgerecht zugeworfen. Es werden keine Einwände erhoben.

1.2 der Beschlussfähigkeit

An der heutigen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung nehmen 16 von 20 Ausschussmitgliedern teil. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

1.3 der Tagesordnung

Die Tagesordnung (insgesamt 9 TOPe) ist den Ratsmitgliedern fristgerecht zugegangen. Einwände/Ergänzungen gegen die Tagesordnung werden wie folgt erhoben.

Ratsherr Harald Schöne meldet sich zu Wort und beantragt eine Erweiterung der Tagesordnung um den am 07.03.2026 verfassten Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion zu TOP 3 der heutigen Tagesordnung.

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen schlägt vor den Antrag der FDP- Fraktion unter TOP 3.4 zu beraten.

Wortmeldungen seitens des Ausschusses oder der Verwaltung werden nicht abgegeben und es folgt die Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung stimmt mehrheitlich dafür den von der FDP-Fraktion eingebrachten Antrag unter TOP 3.4 zu beraten und die Tagesordnung dementsprechend zu erweitern.

Abstimmungsergebnis

Ja:	14
Nein:	1
Enthaltung:	0
Ungültig	1

Damit wird der Antrag der FDP- Fraktion unter TOP 3.4 beraten.

Als nächstes stimmen die Ausschussmitglieder über die geänderte Tagesordnung in Gänze ab.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung stimmt mehrheitlich dafür nach der erweiterten Tagesordnung die Sitzung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

Ja:	14
Nein:	1
Enthaltung:	0
Ungültig	1

Damit ist die Tagesordnung in der vorliegenden erweiterten Form genehmigt worden.

2 Genehmigung der Niederschriften vom 04. und 18.12.2025 sowie 29.01.2026

Die Niederschriften der Sitzungen vom 04. und 18.12.2025 sowie vom 29.01.2026 liegen den Ratsmitgliedern vor.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung genehmigt mehrheitlich die Niederschriften der Sitzungen vom 04.und 18.12.2025 sowie vom 29.01.2026.

öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung vom
12.03.2026

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	0
Enthaltung:	1

Damit sind die Niederschriften der Sitzungen vom 04. Und 18.12.2025 sowie vom 29.01.2026 genehmigt worden.

3 Beratung der in die Zuständigkeit des Fachausschusses fallenden Haushaltspositionen 2026

Zu Beginn der Beratungen über diesen Tagesordnungspunkt trifft um 18.55 Uhr Ratsfrau Rosenow ein. Damit erhöht sich die Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder auf 17.

3.1 Vorstellung des Antrages der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 12.02.2026; hier: Erstellung eines Landschaftsplanes

Ratsherr Schwarz stellt für die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ den eingebrachten Antrag auf „Erstellung eines Landschaftsplanes“ vor und führt aus, dass die Position „Erstellung eines Landschaftsplanes“ seitens der „Grünen“ bereits in den vergangenen Jahren mehrfach in die Haushaltsberatungen eingeflossen ist, jedoch final keine Berücksichtigung fand. Daher erbittet Ratsherr Schwarz eine Aufnahme dieser Position in den Haushalt 2026.

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen teilt mit, dass in dem Antrag der Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“ von der Einplanung von finanziellen Mitteln gesprochen wird. Er bittet hier um Konkretisierung.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich Wortmeldungen:

Ratsherr H. Schöne hat das Wort und führt aus, dass in den letzten Jahren 30.000,00 € in die jeweiligen Haushaltsentwürfe eingestellt wurden.

Ratsfrau Ludwig erkundigt sich wofür die Gemeinde Lemwerder einen „Landschaftsplan benötigt und erbittet von der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ weitere Erläuterungen.

Ratsherr Wohlers meldet sich zu Wort und führt aus, dass er den von der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ eingebrachten Antrag unterstützt. Darüber hinaus führt er aus, dass die Gemeinde Lemwerder bei der Ausweisung des Gewerbegebietes „Edenbüttel II“ den Naturschutz missachtet hat und daher bei diesem Projekt rechtswidrig gehandelt wurde. Er führt aus, dass dem Naturschutz und der Landschaftspflege mehr Bedeutung beigemessen werden muss und es daher eines Landschaftsplanes bedarf.

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass es in der Gemeinde Lemwerder bereits einen Landschaftsplan gibt, welcher jedoch einige Jahre alt ist.

Diese Aussage wird vom Vorsitzenden Ratsherrn Rosenhagen bestätigt.

Ratsherr Schwarz teilt für die antragsstellende Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ mit, welche Maßnahmen durch den Landschaftsplan umgesetzt werden können und nennt beispielhaft,

wie auch im Antrag dargestellt, die Bestandsaufnahme und Bewertung des Zustandes von Natur und Landschaft sowie der Naturgüter (Wasser, Boden, Klima und Luft). Bürgermeisterin Winkelmann führt zu der Aussage von Ratsherr Schwarz aus, dass die Zuständigkeit, den Landschaftsplan auszuarbeiten und ggf. fortzuschreiben, nach § 4 NAGBNatSchG bei der Gemeinde liegt. Der Landschaftsplan ist ein gutachterlicher Fachplan und trifft flächendeckende Aussagen für das gesamte Gemeindegebiet, wobei er selbst keine rechtliche Verbindlichkeit aufweist. Die Aussagen aus dem Landschaftsplan können jedoch beispielsweise durch Übernahme in Bauleitpläne oder durch den Erlass von Satzungen, zum Beispiel für geschützte Landschaftsbestandteile, umgesetzt werden (§ 29 BNatSchG/ § 22 NAGBNatSchG). Es handelt sich bei dem Landschaftsplan daher um ein Instrument, welches bei der Ausweisung von Bau-/Gewerbe-gebieten zum Einsatz kommen kann. In der Gemeinde Lemwerder wird der gültige Landschaftsrahmenplan des Landkreises bei der Erstellung von Planungen und der Erstellung der entsprechenden Umweltberichte berücksichtigt. Daher ist die Erstellung eines Landschaftsplans aus Sicht von Bürgermeisterin Winkelmann derzeit nicht zielführend.

Ratsfrau Rosenow teilt für die antragsstellende Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ mit, dass es sich bei der Erstellung eines Landschaftsplans um eine kontinuierliche Aufgabe, welche bereits jetzt begonnen werden sollte, handelt. Sie berichtet, dass sie von Landwirten und anderen Bürger_innen der Gemeinde Lemwerder immer wieder auf die Erstellung eines Landschaftsplanes angesprochen wird.

Ratsfrau Rosenow führt weiter aus, dass die antragsstellende Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ die Naturschutzflächen in der Gemeinde Lemwerder ausgewiesen haben möchte.

Ratsherr Wohlers hat das Wort und führt aus, dass der von Bürgermeisterin Winkelmann angesprochene Landschaftsplan aus dem Jahr 1994 stammt und eine Evaluierung lt. Ratsherr Wohlers alle 10 Jahre erforderlich ist.

Ratsherr H. Schöne hat das Wort und führt aus, dass der Landschaftsplan aus dem Jahr 1994 nie bei der Planung von Bau- und Gewerbegebieten herangezogen wurde. Er führt aus, dass es für die aktive Umsetzung des „Bauturbos“ nach § 246e BauGB eines Landschaftsplans in der Gemeinde Lemwerder bedarf.

Ratsherr H. Schöne teilt für die FDP Fraktion mit, dass diese den von der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ eingebrachten Antrag befürwortet.

Ratsherr Schröder erbittet die Festlegung einer Summe für den Haushalt 2026 und teilt mit, dass das Alter des bisherigen Landschaftsplanes den Handlungsbedarf verdeutlicht.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es folgt die Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung stimmt mehrheitlich dafür, für die Erstellung eines Landschaftsplanes 35.000,00 € in den Haushalt 2026 einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	11
Nein:	5
Enthaltung:	1

Damit werden 35.000,00 € für die Erstellung eines Landschaftsplanes in den Haushalt 2026 eingestellt.

3.2 Vorstellung des Antrages der CDU-NFL/Gruppe vom 16.02.2026; hier: Brücken in Sannau, Bardewisch und Lemwerder/Ammerländer Straße

Ratsfrau Ludwig stellt für die CDU/NFL-Gruppe den Antrag auf Erhalt und Instandsetzung der Brücken in Sannau, Bardewisch und Lemwerder/Ammerländerstraße vor.

Zunächst führt sie aus, dass es sich in dem eingebrachten Antrag nicht um die Brücke für Fußgänger und Radfahrer zwischen Ammerländer- und Niedersachsenstraße sondern um die Brücke am Wiesmoorer Weg handelt.

Die anderen in dem Antrag genannten Brücken sind jedoch korrekt bezeichnet.

Ratsfrau Ludwig führt aus, dass der für die Sanierung der Brücke in Sannau gebildete Ansatz zu gering ist. Für diese Sanierung sollen in den Haushalt 2026 300.000,00 € eingestellt werden.

Sie erläutert ein Pilotprojekt zur Brückensanierung aus der Gemeinde Butjadingen. Hier wurden mit Hilfe von Fertigbauteilen die Brücken in wenigen Tagen saniert. Sie bittet die Verwaltung um einen Austausch mit der Gemeinde Butjadingen zu diesem Thema.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich Wortmeldungen:

Ratsfrau Rosenow hat das Wort und spricht sich für den Erhalt der Brücke in Sannau aus. Sie erbittet von der Verwaltung Informationen darüber, ob die Sanierung dieser Brücke noch für dieses Jahr in den Haushalt eingestellt werden kann oder ob dies erst im kommenden Jahr erfolgen sollte.

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen teilt mit, dass genauere Zahlen, auch unter Berücksichtigung des KITA Feuchteschadens, seitens der Verwaltung bis zur Sitzung des Ausschusses am 19.03.2026 vorgelegt werden. Auf dieser Sitzung soll dann auch von der Verwaltung dargelegt werden, ob ein ausgeglichener oder ein defizitärer Haushalt vorgelegt wird.

Ratsherr H. Schöne meldet sich zu Wort und führt für die FDP-Fraktion aus, dass diese die Sanierung der Brücke in Sannau befürwortet und verwaltungsseitig die Summe von 300.000,00 € eingestellt werden sollte.

Ratsherr Wohlers wendet sich an die Verwaltung und erkundigt sich, welche Brückensanierung verwaltungsseitig bereits in den Haushalt 2026 eingeplant wurde.

Fachbereichsleiter Paack teilt dazu mit, dass in dem derzeit vorliegenden Haushaltsentwurf 15.000,00 € für die Sanierung der Brücken eingeplant worden sind.

Ratsherr Rohde hat das Wort und führt aus, dass bei Planung der Brückensanierung die Sicherheit der Nutzer_innen nicht außer Acht gelassen werden darf. Es sollte geschaut werden, welche Brücke wie stark frequentiert ist.

Er schlägt die Gewichtsbeschränkung auf 6 Tonnen für Brücken vor.

Ratsherr Schwarz hat das Wort und befürchtet, dass Landwirte trotz der Gewichtsbeschränkung auf 6 Tonnen, die Brücken nutzen werden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es wird nun über jedes einzelne Brückensanierungsvorhaben abgestimmt

Brücke in Sannau

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung spricht sich mehrheitlich dafür aus die Summe von 300.000,00 € in den Haushalt aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	2
Enthaltung:	0

Damit sind für die Brückensanierung in Sannau 300.000,00 € in den Haushalt eingestellt worden.

Brücke Wiesmoorerweg

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung spricht sich mehrheitlich dafür aus die Summe von 50.000,00 € in den Haushalt aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	2
Enthaltung:	1

Damit sind für die Brückensanierung „Brücke Wiesmoorer Weg“ 50.000,00 € in den Haushalt eingestellt worden.

Sanierung Weg von der „Wiesmoorerstraße bis Mellumring“

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung spricht sich mehrheitlich dafür aus, dass 30.000,00 € für die Sanierung des Weges vom Wiesmoorer Weg bis zum Mellumring eingeplant werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	2
Enthaltung:	0

Damit sind für die Sanierung des Weges von der „Wiesmoorer Weg bis zum Mellumring“ 30.000,00 € eingeplant worden.

Zu der Ollen-Brücke in Bardewisch führt Fachbereichsleiter Paack aus, dass hier die Zuständigkeit, aufgrund der Zugehörigkeit der Brücke zur Kreisstraße (K218), beim Landkreis Wesermarsch als zuständigen Straßenbaulastträger liegt. Die Schäden werden von der Straßenmeisterei Delmenhorst wieder in Stand gesetzt.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und der Tagesordnungspunkt wird vom Vorsitzenden Ratsherr Rosenhagen geschlossen.

3.3 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 10.11.2025; Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Reparatur und den Austausch von Geräten auf der Skateranlage

Ratsherr Schwarz stellt für die Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“ den „Antrag auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Reparatur und den Austausch von Geräten auf der Skateranlage vor“.

Er führt aus, dass er mit Eltern gesprochen hat und diese mitgeteilt haben, dass der Skaterpark für die Entwicklung und die Freizeitgestaltung der Kinder wichtig ist.

Die Fraktion „Bündnis 90&/ Die Grünen“ beantragen, eine Summe von 50.000 € für die Reparatur der „Halfpipe“ in den Haushalt einzustellen.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich Wortmeldungen.

Ratsherr H. Schöne meldet sich zu Wort und führt aus, dass bereits 50.000 € in den Haushalt eingestellt wurden. Er erkundigt sich bei der Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“, ob weitere Gelder notwendig sind.

Ratsherr Schwarz teilt für die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ mit, dass diese 50.000,00 für die Erneuerung der „Halfpipe“ ausreichend sind und in den Haushalt 2026 eingestellt werden sollen.

Für den Austausch der anderen Geräte auf der Skateranlage werden zukünftig weitere Haushaltsmittel erforderlich werden.

Weitere Wortmeldungen und eine Abstimmung erfolgen nicht und der Tagesordnungspunkt wird vom Vorsitzenden Ratsherrn Rosenhagen geschlossen.

3.4 Ergänzungsantrag der FDP- Fraktion zu TOP 3- Einplanung von Finanzmitteln für Sanierung Bushaltestelle und Regenwasserkanal

Ratsherr H. Schöne erläutert für die FDP-Fraktion den vorliegenden Antrag und begründet diesen mit dem von der FDP-Fraktion festgestellten mangelhaften Zustand von den Bushaltestellen und des Regenwasserkanals in Lemwerder.

Zum Regenwasserkanal führt Ratsherr H. Schöne aus, dass es in einigen Straßen (z.B. Raiffeisenstraße) bereits zu einem Absacken des Regenwasserkanals gekommen ist. Es wird von der FDP-Fraktion vorgeschlagen, zur Feststellung der Schäden und des IST-Zustandes eine Kamerabefahrung der Kanäle durchzuführen.

Für diese Befahrung müsse im Haushalt eine entsprechende Summe veranschlagt werden.

Ratsherr H. Schöne beantragt, dass über den Antrag der FDP-Fraktion in zwei Teilen abgestimmt wird.

Zunächst soll über die Ergänzung/Sanierung der Bushaltestellen in der Gemeinde Lemwerder abgestimmt werden.

Zu diesem Vorgehen gibt es keine Wortmeldungen:

Abstimmung über die Ergänzung/Sanierung der Bushaltestellen in der Gemeinde

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung spricht sich einstimmig dafür aus,

die Summe von 10.000,00 € für die Sanierung und Ergänzung der Bushaltestellen in den Haushalt einzustellen.

Untersuchung und Bewertung des Zustandes des Regenwasserkanals

Fachbereichsleiter Paack führt aus, dass im Haushalt 2025 bereits Mittel für die Befahrung und Spülung des Regenwasserkanals enthalten waren. Es war bei dieser Befahrung bereits ersichtlich, welche Bereiche des Regenwasserkanals einer Sanierung bedürfen.

Fachbereichsleiter Paack führt aus, dass im Jahre 2025 die Summe von 20.000,00 € für die Befahrung der Kanäle eingestellt wurde.

Ratsherr Schöne Harald hat das Wort und beantragt, dass dieses Jahr 40.000,00 € eingestellt werden.

Ratsherr Schwarz erkundigt sich, welche Möglichkeiten es für die Kontrolle des Kanals gibt.

Fachbereichsleiter Paack teilt mit, dass es folgende Möglichkeiten gibt:

1) Es gibt bereits Fachanwendungen für die Straßenunterhaltung, welche unter Erstellung von Bildern mittels KI entsprechende Oberflächenschäden auswerten kann. Durch die Erstellung von KI-Bildern besteht die Möglichkeit, dass die Schäden besser lokalisiert und dann anhand einer Prioritätenliste entsprechend abgearbeitet werden können.

2) Einmalige Befahrung der Kanäle durch eine Firma

Hier würden die Kosten bei ca. 30.000,00 € liegen.

Ratsherr Schwarz erkundigt sich, ob zu den von Fachbereichsleiter Paack vorgestellten Varianten noch ein Antrag der Verwaltung zum Haushalt kommt.

Fachbereichsleiter Paack führt aus, dass der Haushalt seitens der Verwaltung nicht weiter wachsen soll und es daher keinen Antrag geben wird.

Ratsherr Schröder hat das Wort und führt aus, dass die Straßenschäden bereits reichlich vorhanden sind und schlägt vor, das Geld, welches für eine Befahrung ausgegeben wird, direkt in die Sanierung der Straßen zu stecken.

Fachbereichsleiter Paack führt aus, dass die Verwaltung ein großes Interesse an einer schnellen Schadensbehebung hat und bei dieser der Einsatz von KI helfen könnte.

Es wird vorgeschlagen, dass für die Befahrung eine Software in Höhe von 9.000,00 € angeschafft wird und für die Befahrung des Kanals 20.000,00 € im Haushalt veranschlagt werden. Beides würde in das Produkt Straßen fließen.

Ratsherr Ruminski erkundigt sich, ob für die Bedienung der Software weiteres Personal erforderlich ist.

Fachbereichsleiter Paack führt aus, dass dies nicht der Fall ist.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es kommt zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung stimmt einstimmig dafür, das Produkt Straßen im Haushalt 2026 um 29.000 € (9.000,00 € für eine Software und 20.000,00 € für die Kamerabefahrung) zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit ist das Produkt „Straßen“ im Haushalt 2026 um 9.000,00 € und das Produkt „Straßenentwässerung“ um 20.000,00 € erhöht worden.

4 Vorstellung des Antrages der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 23.01.2026; hier: Regelmäßige Information über Bauanfragen und Baugenehmigungen

Ratsherr Schwarz stellt für die Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“ den „Antrag auf regelmäßige Informationen über Bauanfragen und Baugenehmigungen“ vor.

Er führt aus, dass in der Ritzenbütteler Straße ein neues Gebäude errichtet wird. Von der Errichtung dieses Gebäudes hatten die Ratsmitglieder keine Kenntnis.

Die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ erbittet daher im Vorfeld von Bauvorhaben entsprechende Informationen.

Ratsherr Schwarz teilt mit, dass er sich die Mitteilung, wie in der Gemeinde Berne vorstellt, welches der Anlage zum Antrag beigefügt ist.

Fachbereichsleiter Paack führt aus, dass die Gemeinde Berne Baugenehmigungen/Bauvorhaben nach dem Abschluss des Genehmigungsverfahrens veröffentlicht. In der Gemeinde Berne gebe es keine Vorabberatungen. Er habe sich mit dem Leiter des Fachdienst Planen & Bauen beim Landkreis Wesermarsch ausgetauscht und dieser teile seine rechtliche Auffassung, dass eine Information der politischen Gremien im Vorfeld von Bauvorhaben aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht in öffentlichen Sitzungen erfolgen darf. Er führe weiter aus, dass der Landkreis Wesermarsch die zuständige Baugenehmigungsbehörde ist und die Gemeinde Lemwerder daher wenig machen kann. Er führe weiter aus, dass nach § 68 Abs. 3 Satz 2 NBauO die Verwaltung nach der Genehmigung des entsprechenden Antrages 4 Wochen Zeit hat, um Einwände abzugeben. Es handle sich um einen reinen Verwaltungsvorgang und die Verwaltung könne daher nur im Nachgang in einem nichtöffentlichen Ausschuss über Bauantragsverfahren informieren.

Ratsherr Wohlers hat das Wort und teilt mit, dass er den von der Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“ eingebrachten Antrag befürworte. Er möchte, dass der Rat „auf dem Laufenden“ gehalten wird und unterbreite den Vorschlag, dass die Verwaltung regelmäßig via Mail über neue Bauvorhaben informiert.

Ratsherr H. Schöne erbittet Daten zu geplanten Bauprojekten zu einem fest definierten Zeitpunkt. Dann könne die Vertretung entsprechend Einfluss nehmen.

Ratsfrau Ludwig äußert sich und führt aus, dass sie es befremdlich finde, wenn alle Bauvorhaben in den Gemeinderat gehen. Das wäre datenschutzrechtlich nicht okay und ginge zu weit.

Ratsherr Wohlers teilt mit, dass eine solche Beratung auch in einer nicht öffentlichen Sitzung passieren könne.

Fachbereichsleiter Kwiske meldet sich zu Wort und führt aus, dass das Mittel der Bauleitplanung, die das städtebauliche Steuerungsinstrument der Gemeinde ist, sicher verhindern könne, dass sich negative Änderungen am Ortsbild ergeben, wenn es entsprechende Festsetzungen gebe.

Bürgermeisterin Winkelmann stimmt den Aussagen von Fachbereichsleiter Kwiske zu und möchte vor weiteren Beratungen/Abstimmungen eine entsprechende juristische Expertise einholen.

Ratsherr Schwarz meldet sich zu Wort und schlägt vor, dass das Thema „Regelmäßige Informationen über Bauanfragen und Baugenehmigungen“ zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurück gegeben wird.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es folgt die Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung stimmt einstimmig dafür das Thema „Regelmäßige Informationen über Bauanfragen und Baugenehmigungen“ zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurück zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit ist das Thema „regelmäßige Informationen über Bauanfragen und Baugenehmigungen“ zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurückgegeben worden.

5 Vorstellung des Antrages der CDU-NFL/Gruppe vom 04.02.2026; hier: Aufhebung der Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung

Ratsfrau Ludwig stellt den von der CDU/NFL-Gruppe gestellten „Antrag auf Aufhebung der Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung“ vor und erwähnt auch den im Weser Kurier vom 07.03.2026 veröffentlichten Pressebericht zu diesem Thema.

Ratsfrau Ludwig führt aus, dass die antragstellende Gruppe sich für eine Nachtabschaltung wie vor dem Ukraine-Krieg ausspricht. Sie führt aus, dass der Rettungsdienst teilweise Einsatzorte aufgrund mangelnder Beleuchtung nicht auffinden kann. Darüber hinaus teilt sie mit, dass aufgrund der Nachtabschaltung in Teilen der Bevölkerung Ängste bestehen. Die Sicherheit der Bürger_innen sollte immer oberste Priorität haben.

Ratsfrau Rosenow führt aus, dass sie innerhalb der Bevölkerung noch von keinen Ängsten oder erhöhtem Unfallrisiko gehört hat. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen befürworten vor dem Hintergrund der Lichtverschmutzung die bestehende Nachtabschaltung. Es wird von Ratsfrau Rosenow vorgeschlagen, dass man die Beleuchtungssysteme auf eine „intelligente Beleuchtung“ umstellt.

Ratsherr Ruminski erkundigt sich, wie hoch die durch die Nachtabschaltung erzielten Einsparungen waren.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass die Einsparungen bei 37.500,00 € liegen.

Ratsherr Ruminski befürwortet die Nachtabschaltung und führt aus, dass Energie gespart werden müsse. Darüber hinaus teilt er mit, dass am 29.08.2022 die SPD-Fraktion

öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung vom
12.03.2026

Seite 11 von

entsprechende Mittel i.H.v. 50.000,00 € für intelligente Beleuchtungssysteme für den damaligen Haushalt angemeldet habe. Er erkundigt sich, welchem Verwendungszweck dieses Geld zugeleitet wurde.

Er teilt mit, dass andere Gemeinden (Beispiel Ganderkesee) ebenfalls eine Nachtabschaltung haben.

Ratsherr Bade hat das Wort und führt aus, dass er den Ausführungen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zustimmt. Er wundert sich, dass er aus der Presse von der für den Haushalt vorgesehenen Summe von 32.500,00 € für intelligente Beleuchtungssysteme erfahren hat.

Bürgermeisterin Winkelmann hat das Wort und führt aus, dass es in der Gemeinde 1.600 Straßenlaternen gibt und davon derzeit rd. 300 mit LED Technik betrieben werden. Sie befürwortet die Umstellung auf intelligente Systeme und spricht sich dafür aus, dass die Straßenbeleuchtung, auch vor dem Hintergrund, dass Feuerwehr und Rettungsdienst die Einsatzstellen teilweise nicht finden, in der Nacht brennen bleibt. Dem erhöhten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung müsse Rechnung getragen werden. Es müsse schnell auf LED Technik umgerüstet werden und die Verwaltung hat daher 30.000,00 € in den Haushalt eingeplant.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es kommt zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung stimmt mehrheitlich gegen die Aufhebung der Nachtabschaltung

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	11
Enthaltung:	0

Damit ist der Antrag der CDU/NFL Gruppe auf Aufhebung der Nachtabschaltung abgelehnt worden.

6 Vorstellung des Antrages der CDU-NFL-Gruppe vom 24.02.2026; hier: Einladung der für die Erstellung des neuen Deichschaarts Lemwerder verantwortlichen Behörden

Ratsfrau Ludwig stellt für die CDU/NFL-Gruppe den „Antrag auf Einladung der für die Erstellung des neuen Deichschaarts Lemwerder verantwortlichen Behörden“ vor und begründet dies damit, dass die Bauarbeiten am Deichschaart Lemwerder schon sehr lange dauern und die antragstellende Gruppe gerne von der zuständigen Behörde (Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Herr de Buhr) und vom I. Oldenburgischen Deichband (Ansprechpartner Herr Cord Hartjen) wissen möchte, wie lange sich die Baustelle noch hinzieht und wer für die Schäden, welche an den Straßen in Lemwerder entstanden sind, aufkommt.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich Wortmeldungen.

Ratsherr Wohlers befürwortet den Antrag der CDU/NFL Gruppe.

Ratsherr Schröder meldet sich zu Wort und führt aus, dass er von der Verwaltung eine Stellungnahme zu möglichen Entschädigungszahlungen erbittet.

Fachbereichsleiter Paack führt aus, dass seitens der Verwaltung eine rechtliche Prüfung noch nicht stattgefunden hat. Darüber hinaus teilt er mit, dass die Straßenverkehrsbehörde eine entsprechende Umleitung über Kreis- und Landesstraßen ausgeschildert hat und er daher die Chancen für Entschädigungen als sehr gering bis aussichtslos einstuft.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es kommt zur Abstimmung über den Antrag.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung stimmt einstimmig dafür, dass Vertreter von der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und vom I. Oldenburgischen Deichband zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung eingeladen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit ist die Verwaltung beauftragt Vertreter von der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und vom I. Oldenburgischen Deichband zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung einzuladen.

Darüber hinaus fasst der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung noch einen weiteren Beschluss.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung stimmt mehrheitlich dafür dass die Bauverantwortlichen Stellung zu einer Kostenerstattung an die Gemeinde beziehen

Abstimmungsergebnis:

Ja:	13
Nein:	3
Enthaltung:	1

Damit ist die Verwaltung beauftragt, die Bauverantwortlichen zu möglichen Kostenerstattungen zu konsultieren.

7 Sachstand Grundschule

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass dieser Tagesordnungspunkt standardmäßig auf der Tagesordnung verzeichnet ist.

Sie teilt mit, dass für die Klassen 1-3 eine Abfrage zur Ferienbetreuung und zur Mittagsverpflegung gestartet wurde.

Darüber hinaus teilt sie mit, dass in den Oster- und Sommerferien 2026 die Betreuung der Kinder noch nach der bisherigen Vorgehensweise durchgeführt wird.

Für die Einnahme der Mittagsverpflegung wurden sich Räumlichkeiten angesehen. Hier ist man noch mit dem Landkreis im Austausch.

Am 13.04.2026 wird es eine Lenkungsrunde mit Vertretern vom Institut für Public Management stattfinden. Dort wird dann über den Neubau der Grundschule (Einzel- oder Gesamtvergabe) gesprochen.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich Wortmeldungen

Ratsherr Schröder meldet sich zu Wort und erkundigt sich, ob es von der von Bürgermeisterin Winkelmann genannten Abfrage bereits Ergebnisse gibt.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass es aufgrund der Tatsache, dass die Abfrage noch bis zum morgigen Tag läuft, dies nicht der Fall ist.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

8 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Mitteilungen der Verwaltung

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass es bezüglich des Feuchteschadens Kita eine Güteverhandlung bei Gericht gab und ein Vergleichsangebot über 1.800.000,00 € vom Gericht vorliegt. Diese Summe könnte die Kommune als einmalige Zahlung erhalten.

Ratsherr Bade meldet sich zu Wort und bittet um Übermittlung des Protokolls der Güteverhandlung.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass ein solches Protokoll nicht existiert. Dies kann auch von den bei der Gerichtsverhandlung anwesenden Fachbereichsleitern Kwiske und Zander bestätigt werden.

Ratsherr Bade erbittet die Übersendung des Gerichtsbeschlusses.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass es seitens des Gerichts keinen Beschluss gibt. Außerdem teilt sie mit, dass sie in öffentlicher Sitzung keine weiteren Details bekannt geben wird. Ihr war es wichtig, den Bürger_innen mitzuteilen, dass die Gemeinde Lemwerder mit einer Einnahme rechnen kann.

Ratsfrau Ludwig meldet sich zu Wort und führt aus, dass sie die Schließung eines Vergleichs befürwortet. Sie erkundigt sich, was passiert, wenn der Verwaltungsausschuss den Vergleich ablehnt.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass wenn der Verwaltungsausschuss und der Rat dem Vergleich nicht zustimmen, das Klageverfahren weiter gehen wird.

Ratsherr Schröder erbittet im nicht öffentlichen Sitzungsteil um Einschätzungen des von der Verwaltung beauftragten Anwaltes, ob sich eine Klage lohnt oder nicht.

Anmerkungen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Ratsherr Ruminski hat das Wort und kommt auf das „Tempo 30 Schild“ welches im Ortsteil Altenesch steht, zu sprechen. Er führt aus, dass sich dieses Schild in der Kurve befindet und daher schlecht zu sehen ist.

Ratsherr Schröder meldet sich zu Wort und erkundigt sich nach dem Sachstand beim „Landabbau in Ochtum“.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass es sich hier um eine private Fläche handelt. Der sich auf dieser Fläche befindliche alte Damm ist in die Fläche eingeebnet worden.

Ratsherr Bade stellt eine Nachfrage zu TOP 5 der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung vom 18.12.2025

Dort heißt es: *Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung empfiehlt dem Rat einstimmig die Verwaltung zu beauftragen eine Projektskizze für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ fristgerecht zum 15.01.2026 einzureichen.*

Ratsherr Bade erkundigt sich, ob die notwendigen Unterlagen fristgerecht von der Verwaltung eingereicht wurden

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass die Projektskizze bis zum 15.01.2026 eingereicht wurde.

Fachbereichsleiter Kwiske teilt mit, dass der Antrag beim Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ fristgerecht gestellt wurde und die Verwaltung bis Ende Februar 2026 eine Antwort erwartet.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

9 Einwohnerfragestunde

Seitens der anwesenden Einwohner_innen ergeben sich in der heutigen Sitzung folgende Fragen an Rat und Verwaltung:

Eine Einwohnerin meldet sich zu der derzeit stattfindenden Umfrage zur „Ganztagsschulbetreuung und dem Hort“ zu Wort und äußert Befürchtungen, dass diese, von der Verwaltung mittels Post, durchgeführte Befragung wenige Familien beantworten werden. Sie wünscht sich bei der Frage nach der Ganztags- oder Hortbetreuung mehr Verbindlichkeit.

Fachbereichsleitung Zander führt dazu aus, dass die Abfrage bei den sich derzeit in der Schule befindlichen Erst- und Zweitklässlern durchgeführt wird und die entsprechende Post bei vielen Familien erst am heutigen Tage angekommen ist. Aus diesem Grund wird es bei der Beantwortung der Umfrage eine Nachfrist geben.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen schließt den Tagesordnungspunkt und die Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführer

